



Alzheimer Pflege rund um die Uhr
Guido Högger, 59, wird Tag und Nacht von seiner Frau Rosemary betreut. Für diese Pflege erhält die Familie nun den Fokus-Preis, stellvertretend für andere. **seite 27**

Bodensee als Marke
Tourismusorganisationen am See haben einen Anlauf für eine bessere Zusammenarbeit gestartet. **wirtschaft ostschweiz 28**

Biogas-Projekt stockt
Im Sommer hätte der Spatenstich stattfinden sollen. Doch es fehlen die Kunden für das Biogas-Projekt in Bazenhaid. **seite 29**

Drei wollen für die SP in die Regierung

ST. GALLEN. Der Sitz von Kathrin Hilber – sie hatte Ende September bekanntgegeben, dass sie im März 2012 nicht mehr zu den Wahlen antreten wird – ist begehrt. Bereits stehen drei Sozialdemokraten bereit, die gerne ihre Nachfolge in der St. Galler Regierung antreten würden.

Sitz der Hauptstadt halten

Die Stadtpartei der SP hat gestern abend etwas überraschend Fredy Fässler als möglichen Regierungskandidaten nominiert. Der 52-Jährige ist in St. Gallen aufgewachsen und hier als Rechtsanwalt tätig. Er sitzt seit 1992 im Kantonsrat und war bereits in der Vergangenheit immer wieder als



Fredy Fässler

möglicher Kandidat für die Exekutive gehandelt worden. Mit Fässler erhebt die SP-Stadtpartei den Anspruch, den einzigen Regierungssitz der Kantonshauptstadt weiter halten zu können. Das sei angesichts kommender Probleme wichtig, hiess es gestern abend.

Vom See in die Pfalz

Einige Stunden älter ist das Interesse des Goldachers Felix Gemperle am Regierungsamte. Die SP des Wahlkreises Rorschach hat ihn gestern vormittag zuhause der Kantonalpartei als Kandidaten vorgeschlagen. Der 50-jährige Gemperle gehört seit 1997 dem Kantonsparlament an; seit Sep-



Felix Gemperle

tember 2010 ist der Mitglied der Finanzkommission. Während zehn Jahren hatte er sich als Schulrat in Goldach für die Volksschule engagiert. Gemperle arbeitet bei den SBB als Leiter der Verkaufsregion Säntis-Bodensee mit Sitz in St. Gallen.

Fraktionschefin kandidiert auch

Erste Bewerberin für den frei werdenden Sitz in der Regierung war Barbara Gysi. Die 47-Jährige ist seit 2001 Mitglied des Wiler Stadtrats und leitet das Departement Soziales, Jugend, Alter. Seit acht Jahren politisiert sie zudem im Kantonsparlament; seit Januar 2009 führt sie die Fraktion.

Die SP-Kantonalpartei entscheidet Ende Monat, wen sie ins Rennen um die Nachfolge von Kathrin Hilber schickt. Die Wahl der Regierung findet Mitte März 2012 statt. Gesundheitschefin Heidi Hanselmann – ebenfalls Vertreterin der SP – kandidiert für eine dritte Amtsdauer. (rw/vre)

Neue Schulmodelle im Test

Was andere Kantone bereits praktizieren, fasst nun auch in St. Gallen Fuss: Auf der Oberstufe werden alternative Unterrichtsformen getestet. Die Schulversuche greifen Modelle auf, wie sie auch an Privatschulen üblich sind.

MARKUS WEHRLI

ST. GALLEN. Taminatal, Quarten, Häggenschwil: In diesen Gemeinden wird die gängige Unterrichtsform an Oberstufen gebrochen. Die beiden Schulen im Sarganserland tun dies im Rahmen von Schulversuchen und mit Bewilligung der St. Galler Erziehungsrates. Häggenschwil als Privatschule, nachdem ebensolche Schulversuche hier nicht bewilligt wurden. Gemeinsam ist den drei Oberstufen nicht nur die geringe Schülerzahl, die eine Suche nach neuen Unterrichtsformen notwendig macht. Auch die neuen Modelle gleichen sich.

Integrierte Oberstufe und mehr

Stichworte dazu sind die integrative Oberstufe und das altersdurchmischte Lernen. Definiert sich die Oberstufe heute über je eine Real- und Sekundarklasse pro Jahrgang – also mindestens sechs Klassen an einer Schule –, wird dieses Gerüst mit den neuen Schulformen ersetzt.

In der integrativen Oberstufe treten an die Stelle von Sek und Real sogenannte Stammklassen in drei Jahrgängen. Das altersdurchmischte Lernen geht einen Schritt weiter. Es hebt nicht nur Sek und Real, sondern auch die Orientierung am Jahrgang auf. Unterrichtet wird dann entsprechend dem Lernstand der Schüler.

Örtliche Bedürfnisse regieren

«Im Zuge der Schulversuche in Quarten und im Taminatal kommt eine Mischform der drei Unterrichtsformen zur Anwendung», sagt Rolf Rimensberger, Leiter Amt für Volksschule. Massgebend seien die örtlichen Erfordernisse. An der Oberstufe Taminatal etwa wird die integrative Oberstufe mit drei Jahrgangsstammklassen eingeführt. Diese wiederum werden in den Fächern Mathematik, Naturwissenschaft-



Archivbild: Reto Martin

Lernen in der Gruppe und über die Jahrgänge hinweg – ein Markenzeichen der Oberstufe von morgen.

ten und Fremdsprachen in Leistungsgruppen unterteilt. In den Wahlfächern schliesslich kommt auch die Alterssegmentierung zur Aufhebung.

Komplexer ist die Situation in Quarten. Hier wird in den Naturwissenschaften und Fremdsprachen im Grundsatz am herkömmlichen System festgehalten. «Mathematik, Deutsch und musisch-gestalterische Fächer können aber in altersdurchmischten Gruppen unterrichtet werden», sagt Rimensberger – also in Gruppen, in denen die Jahrgangsklassen aufgehoben sind. Noch offen ist, ob dabei auch die Sekundar- und Realstufen aufgelöst und deren Schüler gemeinsam unter-

richtet werden. Rimensberger betont, dass die Schulformen für die beiden Oberstufen noch nicht definitiv festgelegt seien. Es handle sich um Konzepte, die aufgrund der konkreten Situation vor Ort ausgestaltet würden.

Privat, aber nicht anders

Hintergrund der Versuche ist nicht nur, Unterrichtsformen für die beiden kleinen Sarganserländer Oberstufen zu finden, die ihnen ein Überleben ermöglichen. Das Bildungsdepartement möchte generell Erfahrungen mit neuen Schulmodellen sammeln – für den Fall, dass in einer weiteren Gemeinde die Schülerzahlen knapp werden.

Dies ist in besonderem Masse in Häggenschwil der Fall. Die kleinste Oberstufe im Kanton wird ab kommendem Sommer als Filiale der Romanshorner Privatschule SBW Haus des Lernens weitergeführt.

«Unser Unterrichtsprinzip ist insofern mit den Schulversuchen im Sarganserland vergleichbar, als auch bei uns die Individualisierung des Lernens im Vordergrund steht», sagt Reto Ammann, Gesamtleiter der SBW. Auch an den Lernhäusern der SBW wird die integrierte Oberstufe praktiziert. Sek- und Realstufe sind aufgehoben. Zudem ist auch die Alterssegmentierung in einem Teil der Fächer aufgelöst.

Anstelle der herkömmlichen Klasse sind Lerngruppen getreten. «Der Lehrer ist nicht jemand, der im Frontalunterricht allen dasselbe lehrt, sondern einer, der Inputs gibt und nachher begleitet und coacht. Die Schüler erarbeiten sich dann das Wissen selbstständig, und zwar einzeln oder in Gruppen.» Ziel sei, die Schüler ihrem Leistungsstand entsprechend zu fordern und zu fördern.

Auch wenn sich die Modelle gleichen: Ein Unterschied zu den Schulversuchen im Sarganserland besteht. Anders als der Kanton St. Gallen kann die SBW an ihren Lernhäusern auf mehrjährige Erfahrungen in diesen Unterrichtsformen zurückgreifen.

«Lieber Extrawürste als gar keine»

Das überparteiliche bürgerliche Komitee «Kein linkes Eigengol» lehnt die SP-Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer ab und unterstützt den Gegenvorschlag der St. Galler Regierung.

ST. GALLEN. Wenn der Kanton St. Gallen gemäss der linksgrünen Initiative die Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer nun im Alleingang abschafft, wäre das für die bürgerlichen Parteien ein Eigengol. Und so nennt sich ihr Komitee, bestehend aus BDP, CVP, FDP, SVP, der jungen SVP, den Jungfreisinnigen, des Gewerbeverbandes und des Verbands der St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten, prompt «Kein linkes Eigengol». Doch sagen die Bürgerlichen nicht nur Nein (zur Initiative), sondern auch überzeugt Ja – nämlich zum «gut austarierten» Gegenvorschlag der Regierung.

Verschärfte Bedingungen

«Wir sind alle der Meinung, dass Verschärfungen nötig sind und Fehler gemacht wurden, in-

dem bisher zu tief besteuert wurde», sagte gestern FDP-Präsident Marc Mächler an der Medienkonferenz des Komitees. Nachdem die St. Galler Standesinitiative für eine Abschaffung der Pauschalsteuer auf Bundesebene bei den Räten keine Gnade fand, folgte man den Reformvorschlägen der Finanzdirektoren und des Bundesrates, erklärte CVP-Kantonsrat Thomas Ammann. Mit dem «vernünftigen» Gegenvorschlag und seinen verschärften Kriterien (siebenfacher Mietzins und mindestens 600'000 Fr. für die Einkommensteuer, 12 Mio Fr. steuerbares Vermögen) würde die Schwelle für die Besteuerung nach Aufwand «sehr hoch angesetzt». Damit sei auch dem Anlie-

gen der Initianten nach «mehr Steuergerechtigkeit ausreichend Rechnung getragen».

Volkswirtschaftliche Bedeutung

«Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach» hält SVP-Präsident Thomas Zünd – will heissen die «immerhin über 7 Millionen», die Pauschalbesteuerte (inkl. Bundessteuern) dem wirtschaftlich nicht bevorteilten, ländlichen Kanton einbringen. Wenn die «schädliche Eifersuchts-Initiative der Linken» diese wurzellosen Steuerzahler vertreiben, müssten die «Zurückgebliebenen» die entstandenen Lächer mittels Steuererhöhungen stopfen, warnte Zünd. CVP-Kantonsrat Armin Eugster betonte als

Vizepräsident des Gewerbeverbandes die volkswirtschaftliche Bedeutung der Pauschalbesteuerten, die laut Studien der Schweiz rund 30'000 Arbeitsplätze und Zusatzeinnahmen von 5 Milliarden Fr. bescherten. «Viele KMU aus den Sektoren Bau, Restauration, Freizeit oder Luxus» profitierten von den begüterten Ausländern, die im übrigen in ihren Heimatländern bereits «sehr beachtliche Steuerbeträge» zahlten.

Den Vorwurf, die Pauschalbesteuerung verletze die Verfassung, weist das Gegenkomitee zurück – diverse Gutachten hätten dies widerlegt: «Wenn es wirklich so wäre, gäbe es sie schon lange nicht mehr.» In Anspielung auf den Slogan der Initianten («Keine Extrawurst für reiche Ausländer») kalauerte Mächler schliesslich: «Lieber Extrawürste als gar keine.»

Raumplanung grenzübergreifend

VADUZ. Das Fürstentum Liechtenstein und die St. Galler Region Werdenberg stimmen ihre Siedlungs- und Verkehrspolitik aufeinander ab. Gemäss der Liechtensteiner Regierung ist es das erste Mal, dass die Entwicklungsvorstellungen grenzübergreifend koordiniert werden.

Die Exekutive des Fürstentums hat das Agglomerationsprogramm Werdenberg-Liechtenstein zustimmend zur Kenntnis genommen, wie sie gestern mitteilte. Gleichzeitig wurde der Kanton St. Gallen ermächtigt, das Programm beim Bundesamt für Raumentwicklung einzureichen. Die Beteiligten erhoffen sich eine Mitfinanzierung der geplanten Massnahmen durch den Bund. Die Gelder würden allerdings an den Verein «Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein» fliessen. Ziel der gemeinsamen räumlichen Entwicklung sei eine Steigerung der Wohnattraktivität, schreibt die Exekutive. (sda)